



Suchergebnisse: Deutsches Reich

13. September 1870 – Ein Programm zum raschen Beitritt Bayerns

Berlin - München * Rudolph von Delbrück, der Präsident des Bundeskanzleramtes und Bismarcks Beauftragter für die Verhandlungen mit Württemberg und Bayern, legt ein Programm zum raschen Beitritt Bayerns vor. Das Deutsche Reich soll ein föderaler Staatenbund auf Grundlage des Norddeutschen Bundes werden, dem die Süddeutschen beitreten, ohne ihre Eigenständigkeit zu verlieren. Daraufhin gibt König Ludwig II. dem Kanzler des Norddeutschen Bundes und preußischen Ministerpräsidenten, Otto von Bismarck, seine Bereitschaft zu einem Verfassungsbündnis bekannt.

26. September 1870 – Eine Einigung mit Preußen liegt in der Luft

München * Die Münchner Konferenz, bestehend aus Vertretern Württembergs und Bayerns, erkennen die Bedingungen der Norddeutschen Bundesverfassung über Bundesoberhaupt, Bundesrat und Reichsrat als annehmbar an. Eine Einigung mit Preußen liegt in der Luft.

30. November 1870 – Ludwig II. schreibt den Kaiserbrief an König Wilhelm I. von Preußen

München * Bayernkönig Ludwig II. schreibt den sogenannten Kaiserbrief an König Wilhelm I. von Preußen. Darin regt er die „Wiederherstellung der deutschen Kaiserwürde“ und eines Deutschen Reiches an. Im Namen aller Bundesfürsten trägt er dem Preußenkönig die Kaiserkrone, die höchste deutsche Würde, an. Oberstallmeister Max Graf von Holnstein hat gemeinsam mit Bismarck den Brief entworfen, den der mit Zahnschmerzen im Bett liegende Bayernkönig nur ab- und unterschreiben muss. Noch am selben Tag reist Graf Holnstein nach Frankreich und überreicht dort den entscheidenden Brief an Prinz Luitpold. Für diesen bayerischen Ausverkauf wird König Ludwig II. allerdings persönlich mit rund fünf Millionen Mark aus Bismarcks Welfenfond entschädigt. Jedenfalls wird dem König lange Zeit unterstellt, dass der Kaiserbrief der noble Preis für diese Rentenzahlung gewesen ist. Max Graf von Holnstein, der Überbringer des Geldes und Mitbegründer der Bayerischen Vereinsbank, ist mit zehn Prozent an diesem Deal beteiligt.

19. Dezember 1870 – Kanzler Otto von Bismarck leitet eine Verfassungsänderung in die Wege



Berlin * Nach König Ludwigs II. Kaiserbrief vom 30. November 1870 reagiert Kanzler Otto von Bismarck und leitet eine Verfassungsänderung in die Wege, durch welche die Bezeichnung „Deutscher Bund“ in „Deutsches Reich“ und „Deutscher Kaiser“ eingeführt wird. Dies geschieht auch im Einvernehmen mit der bayerischen Regierung. Spätestens jetzt ist es mit der Souveränität Bayerns vorbei.

30. Dezember 1870 – Die Kammer der Reichsräte beschließt den Beitritt zum Reich

München-Kreuzviertel * Zur Annahme der Versailler Verträge vom 23. November 1870 und dem damit verbundenen Reichsbeitritt ist im Bayerischen Landtag eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit notwendig. Diese Verträge regeln die Modalitäten, unter denen die süddeutschen Staaten dem Deutschen Kaiserreich beitreten sollen. Dabei ist zu entscheiden, ob das Königreich Bayern selbstständig bleiben oder ein Teil des Deutschen Reiches werden soll.

Die Kammer der Reichsräte, der Vertretung des Hochadels, der Hochfinanz und der hohen Geistlichkeit, hat den Verträgen, die am 1. Januar 1871 in Kraft treten sollen, bereits an diesem 30. Dezember 1870 mit großer Mehrheit zugestimmt. Um die Souveränität des bayerischen Volkes preiszugeben, haben die erklärten „Sachwalter bayerischer Interessen“ genau einen Vormittag gebraucht.

1871 – Die Todesstrafe nur mehr bei Mord und schweren Militärstraftaten im Krieg

Deutsches Reich * Die für das gesamte Deutsche Reich geltende Verfassung sieht die Todesstrafe nur mehr bei Mord und schweren Militärstraftaten im Krieg vor. Nur für Letztere wird die Vollstreckung durch Erschießen eingeführt.

21. Januar 1871 – Auch die Abgeordnetenversammlung stimmt dem Beitritt zum Kaiserreich zu

München-Kreuzviertel * Nach einer zehnstündigen Redeschlacht stimmen 102 Abgeordnete für den Beitritt Bayerns zum Deutschen Kaiserreich und nur noch 48 dagegen. Damit ist die Zweidrittelmehrheit - wenn auch knapp - erreicht. Das im Jahr 1871 gegründete Deutsche Reich ist nach der Präambel seiner Verfassung ein „ewiger Bund zum Schutz des deutschen Bundesgebietes und des innerhalb dieses gültigen Rechtes, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des Deutschen Volkes“. Diesen Bund schließen die 22 Repräsentanten der vier Königreiche Preußen, Bayern, Württemberg und Sachsen; der sechs Großherzogtümer Baden, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Hessen-Darmstadt, Oldenburg und



Sachsen-Weimar; der fünf Herzogtümer Braunschweig, Anhalt, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Altenburg; der sieben Fürstentümer Schwarzburg-Sonderhausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Waldeck, Reuss ältere Linie, Reuss jüngere Linie, Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe, des mitregierten Reichslandes Elsass-Lothringen sowie der Regierenden Bürgermeister der drei Freien Städte Hamburg, Bremen und Lübeck. Dieser Bundesstaat wird durch zwei Institutionen - Bundesrat und Reichstag - repräsentiert. Verfassungsrechtlich ist der Bundesrat das höchste Reichsorgan, in dem Preußen aufgrund seiner Größe und seiner hegemonialen Stellung dominiert. In diesem Gremium sind die einzelnen Länder entsprechend ihrer Größe mit unterschiedlichen Stimmenzahlen ausgestattet vertreten: Preußen 17, Bayern 6, Sachsen und Württemberg je 4, Baden und Hessen je 3, die kleineren je 2 oder 1 - insgesamt 58 Stimmen.

28. Januar 1871 – Paris ergibt sich den Deutschen Truppen

Paris * Paris ergibt sich den Deutschen Truppen. Das führt auch zur Niederlage der neubegründeten Dritten Republik Frankreichs und zur Gründung des Deutschen Kaiserreichs.

30. Januar 1871 – König Ludwig II. unterzeichnet die Beitritts-Verträge

München * König Ludwig II. setzt mit seiner Unterschrift die Beitritts-Verträge rückwirkend zum 1. Januar 1871 in Kraft. Doch trotz aller Zugeständnisse bedeutete die Reichsgründung für Bayern und seinen König eine deutliche Einschränkung der Souveränität, den Verlust der staatsrechtlichen Unabhängigkeit und eine Unterstellung der Monarchie der Wittelsbacher unter die Vorherrschaft der Hohenzollern.

16. April 1871 – Die Reichsverfassung wird rechtskräftig

Deutsches Reich - Königreich Bayern * Die Reichsverfassung wird rechtskräftig. Das Zweite Deutsche Kaiserreich ist ein Bundesstaat, dem - unter preußischer Hegemonie - 25 Einzelstaaten angehören. Der preußische Ministerpräsident ist gleichzeitig Reichskanzler. Das Deutsche Reich ist nach der Präambel seiner Verfassung ein „ewiger Bund zum Schutze des deutschen Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des Deutschen Volkes“. Diesen Bund schließen die 22 Repräsentanten: der vier Königreiche Preußen, Bayern, Württemberg und Sachsen; der sechs Großherzogtümer Baden,



Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Hessen-Darmstadt, Oldenburg und Sachsen-Weimar; der fünf Herzogtümer Braunschweig, Anhalt, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Altenburg; der sieben Fürstentümer Schwarzburg-Sonderhausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Waldeck, Reuss ältere Linie, Reuss jüngere Linie, Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe, des mitregierten Reichslandes Elsass-Lothringen sowie der Regierenden Bürgermeister der drei Freien Städte Hamburg, Bremen und Lübeck. Dieser Bundesstaat wird durch zwei Institutionen - Bundesrat und Reichstag - repräsentiert. Verfassungsrechtlich ist der Bundesrat das höchste Reichsorgan, in dem Preußen aufgrund seiner Größe und seiner hegemonialen Stellung dominiert. In diesem Gremium sind die einzelnen Länder entsprechend ihrer Größe mit unterschiedlichen Stimmenzahlen ausgestattet vertreten: Preußen 17, Bayern 6, Sachsen und Württemberg je 4, Baden und Hessen je 3, die kleineren je 2 oder 1 - insgesamt 58 Stimmen. Bis im Rahmen der Reichsgründung auch in Bayern das metrische Maß eingeführt wird, fasst die Bayerische Mass 1.069 Kubikzentimeter. Durch die Preußische Maß- und Gewichtsordnung wird das Bayerische Maaß abgeschafft. Als gesamtdeutsche Maßeinheit gilt nun der Liter. Und dieser ist auf 1.000 Kubikzentimeter festgelegt worden.

22. April 1871 – Gleichberechtigung der Konfessionen auch in Bayern

Deutsches Reich * Das bislang nur im Norddeutschen Bund geltende Gesetz „betreffend die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung“ wird auf das Königreich Bayern und die übrigen neu zum Deutschen Reich gehörenden Staaten ausgedehnt. Damit gilt die rechtliche Gleichstellung der Juden im gesamten Deutschen Reich.

10. Mai 1871 – Die Gründerzeit bringt eine große wirtschaftliche Euphorie

Deutsches Reich * Nach der Gründung des Deutschen Kaiserreich herrscht in Deutschland eine große wirtschaftliche Euphorie. Diese Phase wird als „Gründerzeit“ bezeichnet. Der sogenannte „Gründerboom“ dauert von 1871 bis 1873. Deutschland hat nach dem Sieg im Deutsch-Französischer Krieg von Frankreich 5 Milliarden Francs Reparationszahlungen erhalten. Viele Menschen investieren in Aktien. Hunderte neue Banken, Eisenbahngesellschaften und Industrieunternehmen werden gegründet. Die Aktienkurse steigen oft weit stärker als die tatsächlichen Unternehmensgewinne.

1873 – Es kommt zum „Gründerkrach“, einem Börsencrash



Deutsches Reich * Es kommt zum sogenannten „Gründerkrach“, einem Börsencrash, dem die Gründerkrise folgt. Sie bedeutet eine rund zwanzig Jahre andauernde Phase wirtschaftlicher Stagnation. Der Ausdruck Gründerzeit bezieht sich nur auf die kurze Phase des Wirtschaftsaufschwungs.

9. Mai 1873 – Der Gründerkrach führt zur Wirtschaftskrise

Wien - Deutsches Reich * Der „Gründerboom“ ist schlagartig beendet. Die Wiener Börse bricht zusammen. Der Kurssturz greift rasch auf Deutschland und andere europäische Länder über und führt zu einer schweren Wirtschaftskrise. Die Folgen: Viele Banken gehen bankrott. Unternehmen müssen schließen. Aktien verlieren einen großen Teil ihres Wertes. Zahlreiche Anleger verlieren ihr Vermögen. Der Börsenkrach löst eine lang anhaltende wirtschaftliche Unsicherheit aus. Der Börsenkrach ist aber nicht die Ursache der Krise, sondern der Moment, in dem allen klar geworden ist, dass die Erwartungen nicht mehr der Realität entsprechen. Die eigentlichen Probleme haben sich über Jahre aufgebaut. Das waren: überhöhte Aktienkurse, zu viele Unternehmensgründungen, unrealistische Gewinnerwartungen. Es ist wie ein Ballon, der immer weiter aufgeblasen wird. Lange passiert scheinbar nichts. Doch irgendwann reicht ein kleiner Stich - und der Ballon platzt sofort. Die Luft war schon vorher zu viel geworden.

9. Mai 1873 – Der Beginn des modernen politischen Antisemitismus

Deutsches Reich * Die durch den Gründerkrach ausgelöste schwere Wirtschaftskrise führt dazu, dass viele Menschen nach Schuldigen suchen. Antisemiten behaupten nun, Juden seien für wirtschaftliche Probleme verantwortlich: jüdische Bankiers und Unternehmer sind für den Börsenboom verantwortlich, Juden kontrollieren die Wirtschaft, Juden profitieren auf Kosten der deutschen Bevölkerung. Für diese Behauptungen gab es keine sachliche Grundlage. Dennoch finden sie in der Krisenzeit bei manchen Menschen Anklang. Bis dahin waren Vorurteile gegenüber Juden meist religiös begründet gewesen. Nun ist etwas Neues entstanden: Juden werden als angeblich fremde „Rasse“ dargestellt. Ihre vollständige Integration wird infrage gestellt. Antisemitismus wird zu einem politischen Programm.

2. September 1873 – Der „Sedantag“ wird als patriotischer Feiertag begangen

Deutsches Reich * Im Deutschen Kaiserreich wird am 2. September der „Sedantag“ als patriotischer Feiertag an Stelle eines noch nicht existierenden Nationalfeiertages gefeiert. Es ist



vor allem ein Feiertag des kaisertreuen Bürgertums, des Adels sowie des Militärs, der preußischen Beamtschaft und der ländlichen Bevölkerung gewesen, nicht oder nur kaum einer der Arbeiterschaft.

1878 – Sozis verbieten - Sozialgesetzgebung ankündigen

Deutsches Reich * Alle sozialistischen oder sozialdemokratischen Organisationen werden verboten. Zugleich wird eine Sozialgesetzgebung angekündigt, welche die Arbeiter gegen Unfälle, Krankheiten und Altersarmut absichern soll.

21. Oktober 1878 – Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie

Berlin - Deutsches Reich - München-Au * Da die Zahl der Anhänger der sozialistischen Arbeiterbewegung ständig wächst und von Wahlerfolg zu Wahlerfolg eilt, setzt Reichskanzler Otto von Bismarck das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie in Kraft. Davon unabhängig fördern die Bischöfe die katholischen Werktätigen finanziell und ideell mit der Organisation von Arbeitervereinen, darunter den Katholischen Arbeiterbund und dem Kolpingverein. Auch die Josephshäuser in der Hochstraße zeugen von diesen Aktivitäten. Während es den sozialdemokratischen Arbeitervertretungen um eine harte Vertretung der Arbeitnehmerinteressen gegenüber den Unternehmern und dem Staat geht, ist das oberste Ziel der katholischen Arbeitervereine die „christliche Lebensführung der Arbeiterfamilien“ und die Förderung sowie den Erhalt von „Religion und Sittlichkeit bei den Arbeitern“.

1879 – Friedrich Fabri stellt die Frage nach deutschen Kolonien

Deutsches Reich * Friedrich Fabri, ein aus Franken stammender Missionsleiter, Expansionspublizist, Kolonial- und Sozialpolitiker, veröffentlicht eine aufsehenerregende Broschüre, in der er die Frage stellt: „Bedarf Deutschland der Kolonien?“ Fabri gilt gemeinhin als Vater der deutschen Kolonialbewegung. Er sieht in der Überbevölkerung, der Überproduktion und dem Kapitalüberschuss die eigentlichen Ursachen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisenerscheinungen des Kaiserreichs. Friedrich Fabris Krisentherapie besteht aus einer Exportoffensive an Waren, Kapital und Menschen. Durch eine „gelenkte Auswanderung“ und gegebenenfalls auch der Deportation der Kräfte aus der sich emanzipierenden sozialistischen Arbeiterschaft, die an ihren systemverändernden Absichten festhielten, könnte auch die Soziale Frage nach Übersee exportiert werden. Friedrich



Fabri stilisierte damit die Frage nach deutschen Kolonien zu einer deutschen Überlebensfrage hoch.

7. Oktober 1879 – Der Zweibund wird in Wien geschlossen

Wien * Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn schließen sich in Wien zum sogenannten Zweibund zusammen.

12. November 1880 – Öffentlicher Protest gegen den Antisemitismus

Deutsches Reich * 75 bedeutende Wissenschaftler, Unternehmer und Politiker veröffentlichen die „Notabeln-Erklärung“ gegen den Antisemitismus. Sie verteidigen die Gleichberechtigung der Juden.

1882 – Der Brockhaus erklärt das Brezenwerfen

Deutsches Reich * Das „Brezenwerfen“ bezeichnet die Kunst, einen „Teigstriemel“ [= Teigstrang oder Teigrolle] so zu schlingen, dass beim Backen die typische Brezenform entsteht. Wie dieses Handwerk funktioniert, beschreibt der Brockhaus von 1882: „Man rollt den Teig mit der Hand erst in langen, dünnen Stäben aus, legt dann die beiden Enden kreuzweise übereinander, schlingt sie einmal umeinander und befestigt sie, etwas voneinander entfernt, zu beiden Seiten der Mitte des dadurch gebildeten Ringes.“ Damit hält eines der bedeutendsten Nachschlagewerke des 19. Jahrhunderts die traditionelle Technik des Brezenwerfens schriftlich fest.

20. Mai 1882 – Italien schließt sich Deutschland und Österreich-Ungarn an

Wien * In Wien schließt sich Italien dem „Zweibund“ Deutschland und Österreich-Ungarn an. Damit entsteht der „Dreibund“.

15. Juni 1883 – Das Gesetz zur Krankenversicherung der Arbeiter

Deutsches Reich * Das Gesetz zur Krankenversicherung der Arbeiter tritt als Teil der Sozialgesetzgebung in Kraft.



1884 – Die Reichsregierung stellt Kolonie-Schutzbriege aus

Berlin - Deutsches Reich * Die Reichsregierung beginnt mit der Ausstellung von Schutzbriegen, um die bislang als private Besitztümer geltenden, hauptsächlich in Afrika gelegenen Landstriche offiziell als deutsche Kolonien anzuerkennen und unter die Verwaltung des Deutschen Reiches zu stellen.

6. Juli 1884 – Das Unfallversicherungsgesetz tritt in Kraft

Deutsches Reich * Das Unfallversicherungsgesetz tritt als Teil der Sozialgesetzgebung in Kraft.

1889 – Die Schallplatte erreicht Deutschland

Deutsches Reich * Erste Vorführungen des neuen Grammophons und der Schallplatte finden in Deutschland statt. Das Interesse an der neuen Technik wächst rasch, und der Erfinder des Tonträgers, Emil Berliner, beginnt, die Vermarktung in seiner alten Heimat vorzubereiten.

22. Juli 1889 – Das Gesetz zur Invaliditäts- und Alterssicherung

Deutsches Reich * Das Gesetz zur Invaliditäts- und Alterssicherung tritt als Teil der Sozialgesetzgebung in Kraft.

1. Juni 1891 – Die Sonntagsruhe wird gesetzlich festgelegt

Deutsches Reich * Die Novelle der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich tritt in Kraft. In ihr wird die Sonntagsruhe gesetzlich festgelegt bzw. deutlich ausgeweitet: Einführung der verpflichtenden Sonntagsruhe für Arbeiter, Klare Regeln zur Einschränkung von Sonntagsarbeit, Festlegung von Ausnahmen und Ersatzruhetagen. Damit wird Zeit für Freizeitvergnügungen geschaffen, wodurch sich ein umfangreiches Vergnügungsleben entwickelt. Varietés, Volkssängerbühnen, Panoptiken, Panoramen, Velodrome, Hippodrome, Vergnügungsparks, Zirkusse, Dioramen oder Wachsfigurenkabinette sowie viele andere Einrichtungen zur Unterhaltung etablierten sich dadurch.

1893 – Bis dahin ist das Fräulein vom Amt ist ein Mann



Deutsches Reich * Bis dahin ist das Fräulein vom Amt ist ein Mann. Erst ab jetzt wird verstärkt weibliches Personal für den Fernsprechdienst eingestellt. Aufgrund der steigenden Nachfrage bei den Telefonanschlüssen ist die Einstellung von Frauen ein betriebswirtschaftlicher Faktor, da die Lohnkosten der weiblichen Vermittlungskräfte um über 25 Prozent unter denen ihrer männlichen Kollegen liegen.

15. Juni 1893 – Bei der Reichstagswahl sind über 106.800 Münchner wahlberechtigt

München - Deutsches Reich - Berlin * Bei der Reichstagswahl des Jahres 1893 sind über 106.800 Münchner Männer wahlberechtigt. Den Wahlkreis München I (Altstadt, Lehel, Maxvorstadt) gewinnt Georg Birk [SPD], der Wahlkreis München II (Isarvorstadt, Ludwigsvorstadt, Au, Haidhausen, Giesing), München-Land, Starnberg, Wolfratshausen, wird von Georg von Vollmar [SPD] erobert.

1894 – Es kommt zur massenhaften Einstellung von Frauen bei der Post

Deutsches Reich * Es kommt zur massenhaften Einstellung von Frauen bei der Post. Um eine klare Abgrenzung der Aufgabenbereiche zu schaffen, wird der Telegraphendienst in seiner Gesamtheit von den männlichen Beschäftigten übernommen. Damit kann der Fernsprechdienst ausschließlich mit weiblichem Personal aufgebaut werden. Die Frauen werden also für ein Arbeitsgebiet eingestellt, das dem direkten Vergleich mit der Arbeit der Männer entzogen ist. Damit schließen die Männer eine Konkurrenz ihrer Berufsbranche gegenüber den Frauen aus. Sofort kommt es zur Aufspaltung des behördlichen Arbeitsmarktes in einen weiblichen - bis zum Jahr 1922 sogar laubbahnlosen [!] - Beschäftigungszweig und in männliche Berufsfelder mit vielfältigen Aufstiegsmöglichkeiten.

26. Juni 1895 – Samoaner*innen treten in Völkerschauen auf

Deutsches Reich * Noch bevor Samoa Teil des deutschen Kolonialbesitzes geworden ist, reisen Inselbewohner der „Perle der Südsee“ nach Deutschland, um in Völkerschauen aufzutreten. Die Reise der Truppe dauert bis Dezember 1897, dabei besuchen sie in Deutschland unter anderem Berlin, Köln, aber auch Wien. Insgesamt besuchen die Samoaner-Gruppen Deutschland drei Mal.



1897 – Das um 25 Prozent in den Lohnkosten billigere Fräulein vom Amt

Deutsches Reich * Die Zahl der Beschäftigten im Telephondienst nimmt zwischen 1897 und 1907 um fast das Vierfache zu. Da ist die Kostenersparnis durch das um 25 Prozent in den Lohnkosten billigere „Fräulein vom Amt“ schon von erheblicher Bedeutung.

November 1899 – Die USA und das Deutsche Reich teilen sich die Samoa-Inseln

Samoa * Die Vereinigten Staaten von Amerika und das Deutsche Reich teilen sich die Samoa-Inseln untereinander auf, wobei das Deutsche Reich den größeren Anteil der Insel in Besitz nehmen kann.

1900 – Afrika und Asien werden für die Landnahme auserkoren

Deutsches Reich * Im Deutschen Reich herrscht die Auffassung vor, dass das Alte Europa nicht genügend Platz hat, um die sich ständig vermehrende Bevölkerung auf Dauer angemessen zu ernähren und am Wohlstand teilhaben zu lassen. Afrika und Asien sind für die Landnahme auserkoren. Aus der Evolutions-Theorie von Charles Darwin wird die Überlegenheit des weißen Mannes gegenüber anderen „Rassen“ abgeleitet.

16. Juni 1903 – Wahlen zum 11. Deutschen Reichstag

Deutsches Reich - Berlin * Bei den Wahlen zum 11. Deutschen Reichstag erringen die Sozialdemokraten 81 Mandate und bilden damit die zweitstärkste Fraktion.

25. Januar 1907 – Die Hottentottenwahl bringt massive Mandatsverluste für die SPD

Deutsches Reich * Die Reichstagswahl, die sogenannte Hottentottenwahl, führt im Reich zu einem konservativen Richtungsumschwung in der Sozialdemokratischen Partei. Die Reichstagswahl bringt für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD herbe Mandatsverluste ein. Die Sozis stürzten - auch aufgrund des ungerechten Dreiklassen-Wahlrechts - von 81 auf 43 Sitze im Reichstag ab und verlieren somit 38 Mandate. Das ist die schwerste Wahlschlappe, die die SPD bis dahin einstecken musste. Der Reichsregierung ist dies zweifellos mit ihrem Appell an die vaterländischen Instinkte gelungen.



Gleichzeitig war dadurch die Kolonialismus-kritische schwarz-rote Mehrheit im Reichstag gebrochen. Die Konservativen, bestehend aus der Deutschkonservativen Partei, der Deutschen Reichspartei und der Nationalliberalen Partei billigen umgehend den Nachtragshaushalt und damit die weitere Finanzierung des Kolonialkrieges in Übersee. Für die Sozialdemokratie hat der Ausgang der Wahl einen erzieherischen Einfluss. Die SPD-Parteiführung will künftig ihre nationale Zuverlässigkeit stärker in den Mittelpunkt stellen. Das bedeutet aber gleichzeitig die „Bereitschaft zur Vaterlandverteidigung“ nach vorne und die Kritik an der deutschen Weltpolitik nach hinten zu stellen. Diesen Schritt will Kurt Eisner - aufgrund seiner aus der „Marokkokrise“ gezogenen Erkenntnisse - keinesfalls mitgehen. In der Fränkischen Tagespost, der er seit März 1907 angehört, warnt er nachdrücklich vor dem „Nachlassen im Kampf gegen den Militarismus“.

Juni 1907 – Die Tournee des „Musik-Clowns“ Karl Valentin endet im Fiasko

Deutsches Reich * Die Tournee des „Musik-Clowns“ Karl Valentin endet im Fiasko. In einem „Anfall von einem Löwenbräubierriesenrausch“ zerstört er - angeblich - seinen Musikapparat.

5. Oktober 1908 – Österreich-Ungarn annektiert Bosnien und Herzegowina

Wien - Bosnien - Herzegowina - Paris - London - Petersburg - Berlin * Österreich-Ungarn annektiert - ohne Rücksprache mit den Großmächten - Bosnien und Herzegowina, gliedert sie also in die k.u.k. Monarchie ein. Die Großmächte Frankreich, England und Russland sowie die Balkanstaaten protestieren gegen die österreichische Annektion. Ein Krieg wird nur verhindert, weil sich das Deutsche Reich mit Hinweis auf die Nibelungentreue auf die Seite von Österreich-Ungarn stellt.

12. Januar 1912 – Bei den Reichstagswahlen wird die SPD stärkste Fraktion

Deutsches Reich * Bei der Reichstagswahl 1912 erreicht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD 34,8 Prozent der abgegebenen Stimmen und wird mit 110 Abgeordneten [+ 67] zur stärksten Fraktion, das Zentrum wird mit 91 [- 14] Abgeordneten, aber lediglich 16,4 Prozent der Stimmen zur zweitstärksten Fraktion, die Nationalliberale Partei - NLP kommt auf 13,6 Prozent und 45 Abgeordnete [- 10], die Fortschrittliche Volkspartei - FVP erreicht mit 12,3 Prozent 42 Abgeordnete [-7]. Die Wahlbeteiligung liegt bei 85 Prozent. Die Benachteiligung der Sozialdemokraten kommt durch die seit dem Jahr 1871 unveränderte Wahlkreiseinteilung und



anderen Verzerrungen durch das Mehrheitswahlrecht, zum Beispiel das Dreiklassenwahlrecht in Preußen. Es ist die letzte Wahl, bei der die Frauen nicht stimmberechtigt sind.

1913 – Deutschland führt vier Millionen Kilo Rohseide ein

Deutsches Reich * Deutschland führt im Jahr 1913 vier Millionen Kilo Rohseide im Wert von 158 Millionen Mark ein.

29. September 1913 – Rosa Luxemburg ruft zum Widerstand gegen den Militärdienst auf

Frankfurt am Main-Bockenheim * Rosa Luxemburg ruft in Anbetracht der Kolonialpolitik und des Militarismus des Deutschen Kaiserreichs zum Widerstand gegen den Militärdienst auf. Sie wird vors Gericht gezerrt und am 14. April 1914 wegen Aufforderung zur Ungehorsamkeit gegen Gesetze und Anordnungen der Obrigkeit zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

14. April 1914 – Rosa Luxemburg wird zu einem Jahr Gefängnis verurteilt

Frankfurt am Main * Rosa Luxemburg steht wegen Aufforderung zur Ungehorsamkeit gegen Gesetze und Anordnungen der Obrigkeit in Frankfurt vor dem Landgericht. Sie wird zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Der Knast bleibt der gehbehinderten Frau, die Berufung gegen das Urteil einlegt, vorerst erspart.

1. August 1914 – Der Bundesrat stimmt für die Kriegserklärung an Russland

München-Kreuzviertel - Berlin * Der Bayerische Ministerrat führt einen einstimmigen Beschluss zur Frage herbei, wie sich Bayern im Bundesrat zur Kriegserklärung an Russland verhalten soll. Entsprechend ermächtigt stimmt der Bundesratsbevollmächtigte - wie alle anderen deutschen Länder - der Kriegserklärung an Russland ohne jede Diskussion zu. Die dazu notwendigen Gesetze und Verordnungen nimmt der Ministerrat sogar ohne nähere Kenntnis der Inhalte an.

4. August 1914 – Die bayerischen Truppen stehen unter dem Kommando des Kronprinzen

Frankreich - Westfront * Bei Kriegsausbruch stehen die bayerischen Truppen hauptsächlich in der



„6. Armee“ unter dem Kommando des Kronprinzen Rupprecht von Bayern an der Westfront in Französisch-Lothringen. Nach ersten Erfolgen bleiben die deutschen Angriffe noch im Verlauf des Jahres 1914 stecken.

7. Dezember 1914 – König Ludwig III. fordert Gebietszuwächse für Bayern

München * König Ludwig III. fordert in einem Brief an Kronprinz Rupprecht, „dass Bayern eine wesentliche Gebietsvergrößerung erhält, nämlich Gebiete aus den bisherigen Reichslanden [= Elsass-Lothringen], aus Belgien und aus dem von Frankreich abzutretenden Territorium, je mehr je lieber.“ Belgien muss „in das Deutsche Reich einverleibt werden“, zumindest „als selbstständiger Staat zu bestehen aufhören“. Kein deutscher Bundesfürst erhebt gegen diese Kriegsziele einen Einwand, wohl aber gegen eine einseitige Begünstigung Bayerns.

1915 – Kurt Eisner: Das Deutsche Reich trägt die Hauptschuld am Ersten Weltkrieg

München * Kurt Eisner ist davon überzeugt, dass das Deutsche Reich die Hauptschuld am Ersten Weltkrieg trägt.

1. April 1915 – Malz wird knapp

Deutsches Reich * Eine gesetzliche Kontingentierung beschränkt den Malzverbrauch der Brauereien auf 60 Prozent ihrer Vorkriegsmenge. Die knapper werdende Gerste wird zunehmend für die Brotherstellung benötigt. Die Rohstoffknappheit verteuert die Bierproduktion – der Bierpreis steigt.

3. April 1915 – Italien kündigt den Dreibund auf

Rom * Italien kündigt den Dreibund mit dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn auf.

26. April 1915 – Italien verbündet sich mit Frankreich, Großbritannien und Russland

Rom - Paris - London - Petersburg * Italien verbündet sich mit Frankreich, Großbritannien und Russland gegen die Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn. Die Entente hat Italien in



dem geheim gehaltenen Londoner Vertrag bei Kriegsende große Gebietsgewinne in Aussicht gestellt. Der Gebirgskrieg an der Italienfront beginnt.

1. Mai 1915 – Die Mittelmächte starten Angriffe an der Ostfront

Berlin - Wien * Die Mittelmächte (Deutsches Reich und Österreich-Ungarn) starten Angriffe an der Ostfront.

5. Mai 1915 – Die russischen Stellungen bei Gorlice-Tarnów fallen

Gorlice-Tarnów - Ostfront * Die Truppen der Mittelmächte durchbrechen - unterstützt von der 11. Bayerischen Division - die russischen Stellungen bei Gorlice-Tarnów.

7. Mai 1915 – Ein deutsches U-Boot versenkt den Passagierdampfer Lusitania

Irland * Ein deutsches U-Boot versenkt vor der Südküste Irlands den britischen Passagierdampfer Lusitania. In nur 18 Minuten sinkt das Schiff. 1.198 Menschen sterben, darunter 128 US-Amerikaner. Nur 761 Passagiere können gerettet werden. Amerikanische Proteste bewirken die vorübergehende Einstellung des Uneingeschränkten-Boot-Krieges des Deutschen Reichs.

20. Juni 1915 – Professoren und Intellektuelle verlangen eine neue Kriegszielpolitik

Berlin * In der sogenannten „Intellektuellen-Denkschrift“ verlangen zahlreiche Professoren und Intellektuelle - darunter 136 Bayern - eine Kriegszielpolitik, die dem Deutschen Reich Industriegebiete im Westen und Siedlungsland im Osten bringt.

6. September 1915 – Bulgarien verbündet sich mit den Mittelmächten

Sofia * Bulgarien verbündet sich mit den Mittelmächten Deutschland und Österreich-Ungarn. Der bulgarische König Ferdinand I. erhofft sich dadurch nach dem Krieg Gebietszuwächse.

14. September 1915 – Das Osmanische Reich tritt den Mittelmächten bei



Konstantinopel - Berlin - Wien * Das Osmanische Reich tritt den Mittelmächten bei.

18. September 1915 – Deutsche Truppen erobern die litauische Stadt Wilna

Wilna * Deutsche Truppen können die litauische Stadt Wilna erobern.

1. Oktober 1915 – Noch weniger Malz für die Brauereien

Deutsches Reich * Die Rohstoffversorgung der Brauereien wird weiter eingeschränkt: Sie dürfen nur noch 48 Prozent der Malzmenge verbrauchen, die ihnen vor dem Krieg zur Verfügung steht.

8. Oktober 1915 – Die serbische Hauptstadt Belgrad wird erobert

Belgrad * Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen erobern die serbische Hauptstadt Belgrad.

1. Dezember 1915 – Malzkontingent erneut drastisch gekürzt

Deutsches Reich * Die Rohstoffversorgung der Brauereien verschärft sich weiter: Der zulässige Malzverbrauch sinkt auf nur noch 35 Prozent des Vorkriegsniveaus.

1. Februar 1917 – Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg geht weiter

Deutsches Reich * Die deutsche Kriegsmarine nimmt den uneingeschränkten U-Boot-Krieg wieder auf.

20. Februar 1917 – Die Fünf-Pfennig-Münzen aus Kupfer werden für Kriegszwecke eingezogen

Berlin - Deutsches Reich * Die Fünf-Pfennig-Münzen aus Kupfer werden für Kriegszwecke eingezogen und durch solche aus Aluminium ersetzt.

25. Februar 1917 – Dem Reichskanzler wird Schwäche in der Kriegführung vorgeworfen



Berlin - Deutsches Reich * Deutsche Großindustrielle werfen Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg „Schwäche in der Kriegführung“ vor und fordern seinen Rücktritt.

2. März 1917 – Presseaufruf: Keine „Jammerbriefe“ an die Front

Deutsches Reich * Um die deutschen Soldaten nicht zu demoralisieren, werden in der Presse Aufrufe veröffentlicht, keine „Jammerbriefe“ an die Front zu senden.

1. April 1917 – Die Brot- und Kartoffelrationen werden gekürzt

Deutsches Reich * Die Brotrationen werden auf 170 g pro Tag und die Kartoffelrationen auf 2.500 g pro Woche gekürzt.

9. April 1917 – Die deutsche Regierung forciert die Rückkehr Lenins nach Russland

Schweiz - Deutsches Reich - Russland * Mit Einverständnis und Unterstützung der deutschen Regierung durchquert Wladimir I. Lenin zusammen mit 30 „Revolutionären“ aus der Schweiz kommend im Zug das Deutsche Reich. Deutschland verspricht sich von Lenins Rückkehr eine Verschärfung der innenpolitischen Unruhen in Russland.

1. August 1917 – Papst Benedikt XV. fordert einen Frieden ohne Annexionen

Vatikan * Papst Benedikt XV. richtet einen Friedensappell an die kriegführenden Mächte: „Soll denn die zivilisierte Welt nur noch ein Leichenfeld sein?“, fragt der Papst in seiner Friedensnote. „Soll das ruhmreiche und blühende Europa, wie von einem allgemeinen Wahnsinn fortgerissen, in den Abgrund rennen und Hand an sich selbst anlegen zum Selbstmord?“ Er ruft in seiner Friedensbotschaft zu einem Frieden ohne Annexionen auf, so „wie es jenem ziemt, der als der gemeinsame Vater alle seine Kinder mit der gleichen Liebe umgibt“. Doch sowohl die Entente wie auch die Mittelmächte glauben an ein Komplott und diffamieren Benedikt XV. als „Papst der Gegner“. Für die Franzosen wird er zum „pape boche“; der deutsche Generalquartiermeister Erich Ludendorff spricht dagegen nur noch vom „Franzosenpapst“. Wohl am enttäuschendsten sind für Papst Benedikt XV. aber die Reaktionen der Bischöfe in den kriegführenden Ländern. Die meisten haben sich schon 1914 dem allgemeinen Hurratriotismus angeschlossen. Statt sich nun hinter ihr übernationales Oberhaupt der katholischen Kirche zu versammeln, geben sie sich



nationalistisch. Nur im kriegsmüden Italien findet der Vorschlag große Zustimmung.

November 1917 – Bier wird noch dünner

Deutsches Reich * Der zulässige Malzverbrauch der Brauereien sinkt auf nur noch 15 Prozent des Vorkriegsniveaus. Zugleich darf Bier nur noch mit einem Stammwürzegehalt von 3,5 Prozent gebraut werden. Eine Ausnahme gilt für Lieferungen an das Militär: Dieses Bier darf weiterhin stärker eingebraut werden.

1. November 1917 – Ein Hirtenbrief warnt vor einem Frieden

Deutsches Reich * Der deutsche Episkopat warnte in Hinblick auf den Friedensappell von Papst Benedikt XV. vom 1. August 1917 in einem Hirtenbrief vor einem Frieden „als Judaslohn für Treubruch und Verrat am Kaiser“.

28. November 1917 – Die russische Regierung will einen Waffenstillstand

Petersburg * Die russische Räteregierung schlägt allen kriegführenden Parteien einen Waffenstillstand vor. Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn stimmen diesem Vorschlag zu, weil damit ein Teil der Soldaten von der Ostfront abgezogen und zusätzlich an der Westfront eingesetzt werden könnte. Die Alliierten lehnen einen Separatfrieden Russlands mit den Mittelmächten ab.

1918 – Eine tödliche Erkrankung der Seidenraupen

Deutsches Reich * Mit dem Auftreten einer tödlichen Raupenerkrankung ist das Abenteuer Seidenbau schon wieder vorbei.

8. Januar 1918 – Präsident Woodrow Wilsons 14-Punkte-Programm

Washington - Berlin * Der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson schlägt ein 14-Punkte-Programm vor. Es sieht Folgendes vor: „Offene, öffentlich abgeschlossene Friedensverträge. Danach sollen keinerlei geheime internationale Abmachungen mehr bestehen,



sondern die Diplomatie soll immer aufrichtig und vor aller Welt getrieben werden“.

„Uneingeschränkte Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren, außerhalb der Territorialgewässer, im Frieden sowohl wie im Kriege, [...]“.

„Möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und Herstellung einer Gleichheit der Handelsbedingungen für alle Nationen, [...]“.

„Entsprechende gegenseitige Bürgschaften für die Beschränkung der Rüstungen der Nationen auf das niedrigste, mit der Sicherheit im Innern vereinbare Maß“.

„Freier, unbefangener und völlig unparteiischer Ausgleich aller kolonialen Ansprüche, [...]“.

„Räumung des ganzen russischen Gebietes und ein Einvernehmen über alle auf Russland bezüglichen Fragen, [...]“.

„Belgien muss [...] geräumt und wiederhergestellt werden, [...]“.

„Das ganze französische Gebiet muss geräumt und die besetzten Teile wiederhergestellt werden. [...]“.

„Berichtigung der Grenzen Italiens nach den genau erkennbaren Abgrenzungen der Volksangehörigkeit“.

„Den Völkern Österreich-Ungarns [...] sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung zugestanden werden“.

„Rumänien, Serbien und Montenegro sollten geräumt, die besetzten Gebiete zurückgegeben werden. [...]“.

„Den türkischen Teilen des Osmanischen Reiches sollte eine unbedingte Selbstständigkeit gewährleistet werden. Den übrigen Nationalitäten dagegen, die zurzeit unter türkischer Herrschaft stehen, sollte eine zuverlässige Sicherheit des Lebens und eine völlig ungestörte Gelegenheit zur selbstständigen Entwicklung gegeben werden. [...]“.

„Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der alle Gebiete einzubegreifen hätte, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind; [...]“.

„Ein allgemeiner Verband der Nationen muss gegründet werden mit besonderen Verträgen zum Zweck gegenseitiger Bürgschaften für die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unverletzbarkeit der kleinen sowohl wie der großen Staaten“.

Mit Woodrow Wilsons 14-Punkte-Programm sollen die deutsch-russischen Friedensverhandlungen unterlaufen werden. Schon deshalb lehnt das Deutsche Reich das Programm ab.

11. Januar 1918 – Wilsons 14-Punkte-Programm wird zensiert veröffentlicht

Berlin - Deutsches Reich * Das vom US-Präsidenten Woodrow Wilson vorgeschlagene 14-Punkte-Programm wird bei ihrer erstmaligen Veröffentlichung nur in einer zensierten Fassung zugänglich gemacht. Für die in den umstrittenen Grenzprovinzen lebenden Deutschen hört sich die Friedenslösung à la Wilson eher katastrophal an, da sie die Eingliederung in neue Nationalstaaten befürchten.

27. Januar 1918 – Kaiser Wilhelm II. feiert seinen Geburtstag mit kirchlichem Segen

Berlin - Deutsches Reich * Kaiser Wilhelm II. feiert an einem Sonntag bei Kaiserwetter seinen 59.



Geburtstag. Von vielen Kanzeln wird gepredigt: „Möge ihn der Herr segnen wie er auch uns segnet.“ Dabei werden die lauterer Absichten des „Friedensfürsten“ herausgestellt, „der seine Friedenshand immer wieder gereicht, die [aber] vom Feinde so schmäählich zurückgewiesen“ wurde. Der Kaiser, der „auch in Zukunft allen Stürmen, mögen sie noch so verheerend toben, unerschrocken entgegen sehe“.

29. Januar 1918 – 250.000 Streikende im ganzen Reich

Deutsches Reich * Reichsweit beteiligen sich mindestens 250.000 Arbeiterinnen und Arbeiter am Streik.

1. März 1918 – Das deutsche Heer besteht aus 5,1 Millionen einsatzfähigen Soldaten

Deutsches Reich * Das deutsche Heer besteht aus 5,1 Millionen einsatzfähigen Soldaten.

22. März 1918 – Streikleitungen als Schädlinge

München * Kriegsminister Philipp von Hellingrath äußert sich zu den Führern der Januarstreiks:

„Das arbeitsscheue und verbrecherische Gesindel, das besonders die Großstädte als Schlupfwinkel für sein lichtscheues Treiben wählt, bildet in Zeiten politischer Hochspannung oder wirtschaftlichen Kämpfe eine gesteigerte Gefahr für die Sicherheit des Reiches, denn diese Elemente beteiligen sich erfahrungsgemäß in erster Linie an Unruhen und aufrührerischen Umtrieben. Die Säuberung der Großstädte und Industriebezirke von derartigen ordnungsfeindlichen Elementen gewinnt daher für die Bekämpfung künftiger Unruhen besondere Bedeutung“. Von hier aus ist es nicht mehr weit zur unseligen Rhetorik der „Schädlingsbekämpfung“.

23. März 1918 – Schulfrei für Siegesfeiern

Deutsches Reich * Kaiser Wilhelm II. gibt den Schulkindern für Siegesfeiern schulfrei.

25. März 1918 – Der Kriegsminister und der Umgang mit den Sozis



München * Kriegsminister Philipp von Hellingrath formuliert in einem internen Schreiben seine Meinung, welche Taktik gegenüber den beiden sozialdemokratischen Parteien einzuschlagen ist:

„Nach den seitherigen Erfahrungen bildet die unabhängige Sozialdemokratie eine schwere Gefahr für den Fortbestand des Reiches. Ihren Bestrebungen muß auf jedem möglichen Wege entgegengetreten werden. Da sie ihren Zuwachs vornehmlich aus den Reihen der rechtsstehenden Sozialdemokratie erhält, liegt die wirksamste Abwehr gegen ihre weitere Ausbreitung in Maßnahmen, durch welche die sozialdemokratische Mehrheitspartei die Flucht ihrer bisherigen Anhänger in das Lager der Unabhängigen zu verhindern sucht. In dieser Beziehung erblicke ich ein wirksames Mittel in der Versammlungstätigkeit der alten sozialdemokratischen Partei. Durch mündliche Aufklärung vermag sie am ehesten ihre Mitglieder sich zu erhalten und gegen die unterirdische Wühlarbeit der Radikalsozialisten widerstandsfähig zu machen. Das Bestreben der militärischen Zensurstellen wird daher dahin gehen müssen, den Veranstaltungen der Mehrheitssozialisten so wenig wie möglich Schwierigkeiten zu bereiten. Gelegentliche Entgleisungen in den Versammlungen werden in der Regel weit weniger nachteilige Folgen haben als verbitternd wirkende Verbote und Anordnungen.“

16. Mai 1918 – Die tägliche Brotration wird auf 150 Gramm gekürzt

Berlin - Deutsches Reich * Das Kriegsernährungsamt kürzt die tägliche Brotration auf 150 Gramm pro Person.

1. Juli 1918 – Nur noch 4,2 Millionen einsatzfähige Soldaten

Deutsches Reich * Das deutsche Heer besteht nur noch aus 4,2 Millionen einsatzfähigen Soldaten. Das ist seit März 1918 ein Rückgang von 900.000 Soldaten.

26. Juli 1918 – Kaiser Wilhelm II. unterzeichnet das deutsche Branntweinmonopol

Berlin - Deutsches Reich * Kaiser Wilhelm II. unterzeichnet das deutsche Branntweinmonopol. Es wird ein Jahr später in Kraft treten und verpflichtet den Staat, kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Brennereien den Alkohol zu einem fixierten Preis abzunehmen, ihn zu reinigen und zu vermarkten.



31. Juli 1918 – Deutsche Soldaten an der Spanischen Grippe erkrankt

Deutsches Reich * Im Juli 1918 ist eine halbe Million deutscher Soldaten an der Spanischen Grippe erkrankt.

26. August 1918 – Die Entlassungsanträge für Eisner & Co werden abgewiesen

Leipzig - München * Die Entlassungsanträge für Kurt Eisner, Albert Winter sen., Albert Winter jun. und Carl Kröpelin werden von dem in Leipzig sitzenden Reichsgericht, dem obersten Gerichtshof im Deutschen Reich, erneut abgewiesen.

31. August 1918 – Präsident Wilson bezeichnet Deutschland als verbrecherische Macht

Washington * Der US-Präsident Woodrow Wilson bezeichnet das Deutsche Reich als „verbrecherische Macht“, weil es ein Anschlag auf das Recht freier Männer zur Gestaltung des eigenen Schicksals ist. „Es ist ein Krieg, die Nationen und Völker der Welt gegen jede solche Macht, wie die heutige deutsche Autokratie sie darstellt, zu sichern, es ist ein Bekenntniskrieg, und ehe er gewonnen ist, können die Menschen nirgends frei von Furcht leben.“

2. September 1918 – Der „Sedantag“ wird zum letzten Mal gefeiert

Deutsches Reich * Der „Sedantag“ wird zum letzten Mal gefeiert, da er am 27. August 1919 abgeschafft wird. Der nationalistisch aufgeladene Gedenktag war nie oder nur kaum ein Festtag der Arbeiterschaft.

28. September 1918 – Durchhalteparolen sozialdemokratischer Zeitungen

Deutsches Reich * In verschiedenen Tageszeitungen äußern deutsche Sozialdemokraten die Überzeugung, dass Deutschland nur noch einige Wochen mit dem „Mut der Verzweiflung“ kämpfen müsse, um einen „besseren Frieden“ sichern zu können.

30. September 1918 – Die deutsche Wehrkraft ist auf die Hälfte gesunken



Deutsches Reich * Die Iststärke der deutschen Bataillone ist auf die Hälfte ihres Sollstandes gesunken. 22 Divisionen werden ganz aufgelöst.

3. Oktober 1918 – Wilhelm Solf wird Leiter des Auswärtigen Amtes

Berlin - Deutsches Reich * Der derzeitige Staatssekretär im Reichskolonialamt, Wilhelm Solf, wird zum Leiter des Auswärtigen Amtes ernannt.

5. Oktober 1918 – Der Krieg ist verloren - jedes weitere Opfer ist vergeblich

Deutsches Reich - Berlin * Durch Zeitungsartikel erfährt die deutsche Öffentlichkeit, dass es eine neue Regierung mit Beteiligung der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Fortschrittspartei gibt. Auch, dass diese Regierung als erste Amtshandlung ein Waffenstillstandsgesuch an den US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson geschickt hat. Damit herrscht im Volk Gewissheit, dass der Krieg verloren und jedes weitere Opfer vergeblich ist. Was verschleiert wird ist das Versagen der Obersten Heeresleitung - OHL, die das Deutsche Reich mit seiner Kriegspolitik ins Verderben geführt hat, jetzt aber nicht mehr als Verantwortlicher und Hauptakteur, sondern als Zuschauer erscheint.

5. Oktober 1918 – Der Reichskanzler sichert den Einzelstaaten ihre Rechte zu

Berlin * Reichskanzler Max von Baden sichert den Bevollmächtigten der Bundesfürsten die Rechte der Einzelstaaten zu, indem er sich als den berufenen Garanten für die Wahrung der Bundesstaatlichkeit des Reiches bezeichnet.

6. Oktober 1918 – Neue Pläne zur Fortführung des Krieges

Berlin * Die Aussage des Reichskanzlers Max von Baden vom Vortag lädt die nicht gerade geringe Zahl der Gegner eines Friedens à la Woodrow Wilson ein, neue Pläne zur Fortführung des Krieges zu schmieden. Mit seiner Feststellung, entweder einen ehrenhaften, für Deutschland annehmbaren Frieden oder den Endkampf auf Leben und Tod, schürt er auch die Hoffnung bei Bewohnern von Danzig, die dem Deutschen Reich verloren gehen könnten, wenn Wilsons Politik des Selbstbestimmungsrechts der Völker in die Tat umgesetzt werden würde.



18. Oktober 1918 – Sterben und Hungern an der Front und an der Heimatfront

Berlin - Deutsches Reich - Westfront * An der Westfront wird weiter gestorben - an der Heimatfront wird weiterhin gehungert. Neue Gestellungsbefehle sehen unter anderem die Einziehung von Siebzehnjährigen zum Militär vor.

22. Oktober 1918 – Der Reichstag tritt für Verfassungsänderungen zusammen

Berlin * Der Reichstag tritt erstmals nach der Antrittsrede des neuen Reichskanzlers Max von Baden wieder zusammen. Er soll die notwendigen Verfassungsänderungen beschließen, die das Deutsche Reich zu einer parlamentarischen Monarchie machen.

24. Oktober 1918 – Der Kaiser merkt nichts von der Wut und Verachtung gegen ihn

Bern * Der Diplomat Harry Graf von Kessler, der von Bern aus die Vorgänge im Deutschen Reich beobachtet, notiert: „Dass der Kaiser fort muss, wird jetzt so gut wie allgemein anerkannt; nur er selbst tut noch immer so, als ob er Nichts merkte. Vielleicht merkt er in der Tat Nichts von der Wut und Verachtung, die gegen ihn emporsteigen.“

25. Oktober 1918 – Die Worte Kaiserfrage und Revolution beschäftigen das Volk

Deutsches Reich * Spätestens seit der dritten Note des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson vom 23. Oktober sind die Worte „Kaiserfrage“ und „Revolution“ in aller Munde. Viele Männer in verantwortlichen Positionen, einschließlich des Reichskanzlers Max von Baden und des Vorsitzenden der MSPD-Reichstagsfraktion Friedrich Ebert, sehen in dem Thronverzicht des Kaisers das einzige Mittel zur „Rettung der Monarchie“. Vizereichkanzler Friedrich von Payer berichtet: „Die allerwildesten Kaiserstürzler sind die rechts stehenden Leute. Die Herren der Hochfinanz und der Großindustrie, ja bis hoch in die Offizierskreise hinein kann man mit einer erstaunlichen Offenheit sagen hören: Der Kaiser muss sofort zurücktreten. [...] Je länger die Hetze fortdauert, desto stärker wird die Forderung hervortreten, dass man überhaupt keine Monarchie mehr brauchte, sondern eine Republik errichten sollte.“

26. Oktober 1918 – Kaiser Wilhelm II. kontert Ernst Ludendorffs Rücktrittsdrohung



Berlin * Kaiser Wilhelm II. entlässt den Generalquartiermeister Ernst Ludendorff im Schloss Bellevue nach dessen Rücktrittsdrohung mit den Worten: „Na, wenn Sie durchaus gehen wollen, dann meinetwegen“. Dies geschieht auch aufgrund seiner Verärgerung über Ludendorffs politisches Manöver gegen den Reichskanzler Max von Baden und seinem eigenmächtigen Armeebefehl vom 24. Oktober. Das Rücktrittsgesuch des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg ignoriert Kaiser Wilhelm II. und bittet ihn sogar in der Obersten Heeresleitung - OHL im Amt zu bleiben. Sein Rückhalt in der Bevölkerung ist noch so groß, dass man seine Entlassung fürchtet. Hindenburg entspricht dem Wunsch des Kaisers und lässt Ernst Ludendorff fallen wie die berühmte heiße Kartoffel. Der geschasste Generalquartiermeister fühlt sich derart verletzt und hintergangen, dass er sich sogar weigert, gemeinsam mit Hindenburg im Auto nach Spa zu fahren. Mit dem Rausschmiss Ludendorffs will der Kaiser aber auch gegenüber den USA glaubhaft machen, dass im Deutschen Reich neue Männer das Ruder übernommen haben.

26. Oktober 1918 – Der Deutsche Reichstag verabschiedet die Oktoberreform

Berlin * Der Deutsche Reichstag verabschiedet die Oktoberreform im Eilverfahren. Damit ist das Deutsche Reich - zumindest auf dem Papier - eine parlamentarische Monarchie. Die Regierung ist damit dem Parlament und nicht mehr dem Monarchen verantwortlich. Entsprechende Veränderungen sollen in den Bundesstaaten folgen. Das Dreiklassenwahlrecht in Preußen ist damit jedoch noch nicht abgeschafft. Das Vorhaben ist lediglich angekündigt.

27. Oktober 1918 – Der Vorwärts ruft zur Zeichnung der 9. Kriegsanleihe auf

Berlin - Deutsches Reich * Der Vorwärts ruft zur Zeichnung der 9. Kriegsanleihe auf, obwohl er eine Woche zuvor erkannt hatte: „Diesen Krieg werden wir nicht gewinnen.“

28. Oktober 1918 – Gesetzentwurf zur Änderung der Reichsverfassung unterzeichnet

Berlin - Deutsches Reich * Kaiser Wilhelm II. unterzeichnet den Gesetzentwurf zur Änderung der Reichsverfassung, der am 4. November veröffentlicht wird. Damit tritt die Änderung der Verfassung von 1871 in Kraft. Die wesentlichste Bestimmung lautet: „Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags“. Damit ist das Deutsche Reich eine Parlamentarische Monarchie. Außerdem sagt der Kaiser seine loyale Zusammenarbeit mit der Volksvertretung und der von dieser gestellten Regierung an. Auf Rücktrittsforderungen geht er mit keinem Wort ein.



2. November 1918 – Ein bayerisches Abkommen über parlamentarische Reformen

München-Kreuzviertel * Unter dem Eindruck der revolutionären Unruhen im Deutschen Reich schließt die bayerische Regierung mit Delegierten der im Landtag vertretenen Parteien ein Abkommen über parlamentarische Reformen, in der wesentliche Forderungen der SPD erfüllt werden. Sie beinhaltet: Die Einführung der Verhältniswahl zur Kammer der Abgeordneten. Eine ergiebige Verstärkung der Kammer der Reichsräte durch Vertreter der Gemeinden, der Hochschulen und der wichtigsten Berufs- und Erwerbsstände. Von den Prinzen des Königlichen Hauses gehören nur noch der Kronprinz und fünf weitere der Reichsräte an. Keine weitere Ernennung erblicher Reichsräte. Ein Veto der Reichsräte gegen ein Gesetz kann durch dreimalige Abstimmung der Abgeordnetenversammlung überstimmt werden. Die Einjährige Finanzperiode. Als Minister können nur Personen berufen werden, die das Vertrauen der Kammern des Landtags besitzen. Ein Ministerium für Soziale Fürsorge wird neu gebildet und mit einem Sozialdemokraten besetzt. Ferner sollen vier Abgeordnete als Minister ohne Portefeuille [= Ressort, Ministerium] berufen werden, einer davon aus den Reihen der sozialdemokratischen Fraktion. Die notwendige Kabinettsbildung ist für den 8. November angekündigt. Die Verhältniswahl zur Abgeordnetenversammlung ist eine alte sozialdemokratische Forderung und die Vereinbarungen über die Kammer der Reichsräte laufen auf eine Demokratisierung der Kammer der Adeligen und des hohen Klerus hinaus. Dadurch hätte die Bayerische Verfassung zugleich parlamentarisiert werden sollen. Auch die Vorschrift aus dem Wahlgesetz von 1896, wonach kein Abgeordneter zum Minister berufen werden darf, würde durch diese Gesetzesvorlage abgeschafft werden. Über den königlichen Erlass über die Parlamentarisierung Bayerns soll am 6. November 1918 die Abgeordnetenversammlung abstimmen und sich am 8. November die Kammer der Reichsräte mit dieser Vorlage befassen. Doch dazu wird es nicht mehr kommen. Obwohl die sozialdemokratische Münchener Post die Vereinbarung als „Beginn der Demokratisierung Bayerns“ feiert, stehen viele Sozialisten dieser Demokratisierung von oben sehr skeptisch gegenüber.

8. November 1918 – Die Waffenstillstandsverhandlungen im Wald von Compiègne

Compiègne * Die Deutsche Abordnung zum Abschluss des Waffenstillstandes und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen mit dem Staatssekretär Matthias Erzberger an seiner Spitze, reist zu Verhandlungen mit Marschall Ferdinand Foch. Als Verhandlungsort hat die französische Seite einen Eisenbahnwagen in einem Waldstück der Gemeinde Rethondes bei Compiègne ausgewählt, wo sich bis März 1918 der Sitz des Alliierten Oberkommandos befunden hatte. Die Delegation wird von Marschall Foch mit den Worten „Was führt die Herren hierher? Was wünschen Sie von mir?“ begrüßt. Auf die Erwiderung, man wünsche Vorschläge über einen



Waffenstillstand entgegen zu nehmen, antwortete Foch: „Ich habe keine Vorschläge zu machen.“

Er legt dafür eine fertige Liste mit Waffenstillstands-Bedingungen, verbunden mit einem 72-stündigen Ultimatum zur Annahme oder Ablehnung vor. Vor allem die Franzosen, auf deren Boden der Krieg vier Jahre gewütet und gewaltige Zerstörungen hinterlassen hatte, fordern eine drakonische Bestrafung des Deutschen Reiches.

9. November 1918 – Der fingierte Thronverzicht

Berlin * Während in den meisten großen deutschen Städten rote Fahnen über den Regierungsgebäuden und Residenzen wehen, beginnen in Berlin die Auseinandersetzungen erst. Die Lage spitzt sich dramatisch zu, als die Revolutionären Obleute für diesen Tag große Demonstrationen angekündigt haben. Die Bewegung droht der Regierung und den Mehrheitssozialdemokraten endgültig zu entgleiten. Reichskanzler Max von Baden befürchtet, dass die Demonstranten siegen und ihrerseits die Absetzung des Kaisers ausrufen könnten. Deshalb veröffentlicht er mittags um 12 Uhr völlig eigenmächtig eine Erklärung, in der darstellt, dass sich der Kaiser des Deutschen Reichs und zugleich König von Preußen entschlossen hat, dem Thron zu entsagen. Gleichzeitig überträgt der Prinz von Baden an den sozialdemokratischen Parteiführer Friedrich Ebert das Amt des Reichskanzlers, um die Staatsführung vor dem revolutionären Zugriff zu bewahren.

11. November 1918 – Matthias Erzberger unterzeichnet das Waffenstillstandsabkommen

Compiègne * Staatssekretär Matthias Erzberger, ein liberaler Politiker der katholischen Zentrums Partei, unterzeichnet für das Deutsche Reich das Waffenstillstandsabkommen im französischen Compiègne. Einen großen Verhandlungsspielraum ließ die von Marschall Ferdinand Foch vorgelegte Liste mit den Waffenstillstands-Bedingungen, verbunden mit einem 72-stündigen Ultimatum zur Annahme oder Ablehnung, nicht zu. Da der deutschen Delegation die Bedingungen als sehr hart erscheinen, sucht Erzberger Rücksprache mit dem neuen Reichskanzler Friedrich Ebert. Dieser weist den Leiter der Verhandlungskommission nach Rücksprache mit dem Chef der Obersten Heeresleitung - OHL, Paul von Hindenburg, an, den „Waffenstillstand zu jedweden Bedingungen“ anzunehmen. Der Vertrag wird am 11. November zwischen 5:12 Uhr und 5:20 Uhr französischer Zeit unterzeichnet. Um 11 Uhr enden damit die kriegerischen Auseinandersetzungen. 188.000 bayerische Soldaten sind im Ersten Weltkrieg gefallen, mehrere Hunderttausend wurden verwundet.



12. November 1918 – Das aktive und passive Wahlrecht für Frauen wird eingeführt

Berlin - Deutsches Reich * Der aus Mitgliedern der SPD und der USPD bestehende Rat der Volksbeauftragten in Berlin verkündet in einem Aufruf an das Deutsche Volk mit Gesetzeskraft unter anderem die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland. Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen. Der Belagerungszustand wird aufgehoben. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter. Eine Zensur findet nicht statt, die Theaterzensur wird aufgehoben. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen. Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeitsschutzbestimmungen werden wieder in Kraft gesetzt.

15. November 1918 – Ministerpräsident Kurt Eisner und der Föderalismus

München * In dem von Ministerpräsident Kurt Eisner ausgearbeiteten Regierungsprogramm findet sich die föderalistische Forderung, „dass die Selbstbestimmung Bayerns innerhalb des Ganzen erhalten und gesichert werden muss“. Er will damit erreichen: die Bildung einer Staatenvereinigung [die Vereinigten Staaten von Deutschland], der auch Deutsch-Österreich angehören soll. Unabdingbar ist dafür die Neugliederung des Deutschen Reichs, damit die Vorherrschaft eines einzelnen Staates ausgeschlossen wird. Die Freiheit und die Selbstständigkeit Bayerns dürfen dabei nicht angetastet werden.

16. November 1918 – Die Deutsche Volkspartei in Bayern wird gegründet

München * Die Deutsche Volkspartei - DVP in Bayern wird gegründet. Die Partei bekennt sich zur Republik und versteht sich ausdrücklich als bürgerlich. Der linksliberale Flügel ist in der Partei dominierend. Der Münchner Arzt Dr. Georg Hohmann wird zum Vorsitzenden gewählt. Die DVP in Bayern entspricht der Deutschen Demokratischen Partei - DDP im übrigen Reichsgebiet. 1920 wird die DVP in Bayern deren Namen übernehmen.



23. November 1918 – Die Nachtarbeit in Bäckereien wird verboten

Berlin - Deutsches Reich * Die Nachtarbeit in den Bäckereien wird verboten und die Gewerbeaufsicht ausgebaut.

30. November 1918 – Das Reichswahlgesetz tritt in Kraft

Berlin - Deutsches Reich * In Deutschland tritt das Reichswahlgesetz mit dem allgemeinen aktiven und passiven Wahlrecht für Frauen in Kraft.

5. Dezember 1918 – Der Wahlkampf in Bayern und im Reich beginnt

München - Freistaat Bayern - Deutsches Reich * Der Wahlkampf beginnt. Er wird mit der Wahl der Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 enden. Diese Wahl findet eine Woche nach den Wahlen zum Bayerischen Landtag statt. Als die beiden stärksten Parteien werden in Bayern die Mehrheitssozialdemokraten - MSPD und die Bayerische Volkspartei - BVP eingeschätzt. Es ist nur die Frage, wie sich die Mehrheiten verteilen werden. Die USPD hat - trotz einer verbindlichen Absprache mit dem Bayerischen Bauernbund - BBB - keine Erfolgsaussichten. Sie hofft auf einen so großen Stimmenzuwachs, dass sie für eine Regierungskoalition unentbehrlich sein würde. Der Spartakusbund, der sich nach dem 31. Dezember 1918 Kommunistische Partei Deutschlands - KPD nennen wird, weigert sich, an der Wahl teilzunehmen.

27. Dezember 1918 – Neuanfang auf föderaler Grundlage

Stuttgart * In Stuttgart beginnt eine gemeinsame Sitzung der süddeutschen Staaten. An dem Stuttgarter Ländertreffen nehmen teil: Kurt Eisner, der Ministerpräsident von Bayern, Anton Geiß, der Ministerpräsident von Baden, Wilhelm Blos, der Ministerpräsident von Württemberg und Carl Ulrich, der Ministerpräsident von Hessen. Die Initiative zu diesem Treffen ging vom badischen Ministerpräsidenten Anton Geiß aus, der als Ziel der Konferenz die Abstimmung über das weitere Vorgehen auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung sieht. Kurt Eisner lässt die aktuellen Verfassungsfragen und den künftigen Friedensschluss in die Tagesordnung aufnehmen, um auch hier eine gemeinsame Strategie und gemeinsame süddeutsche Interessen zu entwickeln. Der bayerische Ministerpräsident legt dazu ein Papier zur Beschlussfassung vor: „Die [...] Vertreter der revolutionären Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen



erklären es für ihre Überzeugung, dass die künftige Gestaltung der Einheit des Deutschen Reichs durch Vertrag der Einzelstaaten zustande kommen muss. Um diese Neubildung zu erleichtern und zu fördern, beschließen die Vertreter der genannten süddeutschen Staaten, zunächst sich zur Wahrung ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen zu verbinden.“ Eisner schwebt ein Süddeutscher Bund unter Aufnahme von Deutsch-Österreich vor, der das Übergewicht Norddeutschlands aufheben würde, möglicherweise sogar die Führung bei der Neubildung des Deutschen Reiches beanspruchen könnte. Aus seiner Sicht ist das Deutsche Reich durch die Revolution untergegangen und muss daher völlig neu gegründet werden. Dazu muss ein neuer Staatsvertrag geschlossen werden. Bayerns Ministerpräsident will den preußischen Zentralismus vom Süden her - gegen Preußen und Berlin - reformieren. Er will einen Separatfrieden schließen zwischen dem Süddeutschen Bund - unter Einschluss Deutsch-Österreichs - und den Entente-Mächten, dem dann alle deutschen Einzelstaaten beitreten könnten. Der Vorschlag Eisner, insbesondere die Infragestellung des Reichs, wird allgemein abgelehnt. Zu unterschiedlich sind die Interessen und Standpunkte. Das bayerische Positionspapier kommt nicht einmal zur Abstimmung. Kurt Eisner, der den kompromisslosen Neuanfang wollte, ist damit gescheitert. Nicht einmal seine Begleiter, Innenminister Erhard Auer und Ministerialrat Josef von Graßmann, haben ihn unterstützt.

29. Dezember 1918 – Gustav Noske und Rudolf Wissell zu Volksbeauftragte gewählt

Berlin * Um 9 Uhr treten die MSPD-Volksbeauftragten mit dem Zentralrat erneut zusammen, um endgültig über die Nachfolge der ausgeschiedenen Regierungsmitglieder zu beraten und noch am Nachmittag die neue Zusammensetzung auf Flugblättern zu veröffentlichen. Der Zentralrat wählt einstimmig zwei Vertreter der Mehrheitssozialdemokraten - MSPD in den Rat der Volksbeauftragten. Es sind dies: Gustav Noske und Rudolf Wissell. Alleiniger Vorsitzender ist nun Friedrich Ebert, der sich für eine Wahl zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung einsetzt. Das Deutsche Reich soll möglichst bald eine demokratisch legitimierte Regierung bekommen.

1. Januar 1919 – Der achtstündige Maximalarbeitstag wird eingeführt

Berlin - Deutsches Reich * Der achtstündige Maximalarbeitstag wird in Kraft gesetzt.

3. Januar 1919 – Berlins Polizeipräsident Emil Eichhorn hält an seinem Amt fest



Berlin * Die USPD-Mitglieder der preußischen Regierung erklären ihren Rücktritt. Damit bekleidet kein USPD-ler noch ein wichtiges Amt im Deutschen Reich beziehungsweise in Preußen. Die einzige Ausnahme ist der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn, der an seinem Amt festhalten will.

18. Januar 1919 – Beginn der Friedenskonferenz in Paris

Paris * Beginn der Friedenskonferenz unter Ausschluss von Deutschland und seinen Verbündeten.

19. Januar 1919 – Erstmals können Frauen reichsweit wählen und gewählt werden

Deutsches Reich * Erstmals können Frauen in Deutschland reichsweit wählen und gewählt werden. 82,3 Prozent der Frauen beteiligen sich an der Wahl. 300 Frauen kandidieren zur Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung. Unter den 423 Abgeordneten befinden sich 37 Frauen. Die meisten weiblichen Abgeordneten gehören der Sozialdemokratischen Partei - SPD an. Rechnet man die Nachrückerinnen dazu, erreicht die Frauenquote 9,6 Prozent. Ein Wert, der erst 1983 wieder erreicht werden wird.

19. Januar 1919 – Wahl zum neuen gesamtdeutschen Reichstag

Deutsches Reich * Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung [= Reichstag] finden statt. Das deutschlandweite Ergebnis lautet: Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD: 37,9 Prozent = 163 Abgeordnete Christliche Volkspartei - Zentrum: 18,8 Prozent = 91 Abgeordnete Deutsche Demokratische Partei - DDP: 18,1 Prozent = 75 Abgeordnete Deutschnationale Volkspartei - DNVP: 8,6 Prozent = 44 Abgeordnete Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands - USPD: 7,6 Prozent = 22 Abgeordnete Deutsche Volkspartei - DVP: 4,4 Prozent = 19 Abgeordnete Übrige Parteien: 1,6 Prozent = 7 Abgeordnete Der Wahlkreis Oberbayern und Schwaben erhält 15 Abgeordnetensitze. Davon fallen 6 Sitze auf die BVP, 6 Sitze auf die SPD, 2 Sitze auf den BBB und ein Sitz auf die Deutsche Volkspartei in Bayern - DVP. Von den 15 Abgeordneten gehört keiner der USPD an.

25. Januar 1919 – Gründung des Völkerbundes in Paris



Paris * Gründung des Völkerbundes durch die Alliierten unter Ausschluss der ehemaligen Feindstaaten.

27. Januar 1919 – Anton Graf Arco will gegen Kurt Eisner plakatieren

München * Anton Graf Arco auf Valley, der spätere Eisner-Mörder, will mit einem Aufruf die Bevölkerung aufrütteln: „Wer ist Bayerns Vertreter im Reich? Wer greift dem Willen des Bayernvolkes, der durch den Landtag vertreten wird, durch Staatsgrundgesetz? [sic!] Wer macht unser so geachtetes Volk durch kinderhafte politische Manöver im Deutschen Reich und im Ausland lächerlich? Kurt Eisner Ministerpräsident.“ Die Plakatierung des etwas verworrenen Pamphlets wird vom Polizeipräsidenten Josef Staimer verboten.

16. Februar 1919 – Der Waffenstillstand wird auf unbestimmte Zeit verlängert

Berlin - Paris - London * Der am 11. November 1918 abgeschlossene Waffenstillstand zwischen dem Deutschen Reich und den Entente-Staaten wird auf unbestimmte Zeit verlängert.

20. Februar 1919 – Kurt Eisners Vorstellungen für eine künftige Regierung

München-Kreuzviertel * Das Kabinett-Eisner beschließt, dass die Regierung ihre Ämter zur Verfügung stellt, sich aber bereit erklärt, die Geschäfte fortzuführen bis zur Wahl einer neuen Regierung. Für Kurt Eisner gibt es nur zwei Optionen: Eine sozialistische Regierung unter Zuziehung des Bauernbundes, die auf eine starke Minderheit gestützt ist, oder die gemeinsame Opposition der beiden sozialistischen Parteien gegen ein rein bürgerliches Kabinett. Er ist schon deshalb gegen eine Koalition mit der klerikalen Bayerischen Volkspartei - BVP, weil sozialistische Kulturpolitik nur gegen diese Partei zu machen sei. Den gleichen Standpunkt vertritt er in Bezug auf die Regierungsbildung in der Nationalversammlung des Reiches. Er findet für seine politische Auffassung aber nur wenig Zustimmung. In Bayern will er seine Opposition auf die kraftvolle Mitarbeit der Arbeiterräte stützen, deren weitere Wirksamkeit durch die Verfassung gesichert werden soll.

25. Februar 1919 – Alle bürgerlichen Zeitungen können wieder erscheinen

München * Alle bürgerlichen Zeitungen können wieder erscheinen, allerdings bis zum 15. März



unter einer - mäßig strengen - Vorzensur. In den Münchner Neuesten Nachrichten, der Münchener Zeitung und der München-Augsburger Abendzeitung wird an prominenter Stelle ein vom Zentralrat vorformulierter Artikel veröffentlicht, der sich „gegen jede Reichseinmischung in bayerische Verhältnisse“ verwahrt.

22. März 1919 – Die Saubande von Juden-Preußen in München

Schloss Wildenwart * Ex-Prinzessin Wiltrud notiert in ihr Tagebuch: „So lange Papa und Rupprecht etwas zu sagen gehabt hatten, wäre es nie so weit gekommen. Die Saubande von Juden-Preußen in München hat uns um unser Vaterland gebracht, wir werden jetzt eine Art Provinz des Reiches“.

29. März 1919 – Protest gegen den Entwurf der Weimarer Verfassung

München * Dipl.-Ing. Otto Ballerstedt vom Bayernbund & legt in einer von ihm einberufenen Versammlung Protest gegen die im Entwurf der Weimarer Verfassung & beabsichtigte Beseitigung der bayerischen Reservatsrechte & ein. & Er sagt: „Für Großpreußen haben wir in Süddeutschland kein Verständnis. & Wir wollen ein großes deutsches Reich mit wahrhaft gleichberechtigten Bundesstaaten.“ &

7. April 1919 – Die befürchtete Koalition Bayern-Österreich-Ungarn

Berlin * Die zweimal täglich erscheinende Deutsche Tageszeitung schreibt in ihrer Ausgabe: & „Man erwartet, dass die Ausrufung des zwischen Ungarn und Bayern eingekeilten Deutschösterreichs zur Räterepublik nur eine Frage von Tagen sein kann und dass dann durch eine Koalition Bayern-Österreich-Ungarn ein solcher Druck erfolgen werde, dass an die Stelle der Regierung Ebert-Scheidemann eine Räterepublik trete.“ & Eine interessante Konstellation, die natürlich eine Signalwirkung für das Deutsche Reich hat. &

7. Mai 1919 – Übergabe des Entwurfs für den Versailler Vertrag

Versailles * Im Trianon-Palast-Hotel in Versailles wird dem deutschen Bevollmächtigten der Entwurf der Friedensbedingungen überreicht. Deutschland kann innerhalb von 14 Tagen schriftliche Bemerkungen dazu abgeben. Eine mündliche Aussprache soll nicht stattfinden.



8. Mai 1919 – Protest gegen die Versailler Friedensbedingungen

Weimar - Deutsches Reich * Nachdem in Deutschland zu den Versailler Friedensbedingungen ein Sturm der Entrüstung ausgelöst wurde, veröffentlichen der Reichspräsident Friedrich Ebert und die Reichsregierung einen „Aufruf an das deutsche Volk“. Darin spricht man von einem „Friedensvorschlag der Vergewaltigung“. Dem deutschen Volk wird „Gewalt ohne Maß und Grenzen“ angetan. Aus einem solchen „aufgezwungenen Frieden müsste neuer Hass zwischen den Völkern und im Verlauf der Geschichte neues Morden erwachsen“.

26. Juli 1919 – Das deutsche Branntweinmonopol tritt in Kraft

Deutsches Reich * Das deutsche Branntweinmonopol tritt in Kraft. Es verpflichtet den Staat, kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Brennereien den Alkohol zu einem fixierten Preis abzunehmen, ihn zu reinigen und zu vermarkten. Es war bereits ein Jahr zuvor von Kaiser Wilhelm II. unterzeichnet worden.

11. August 1919 – Erwachsenenbildung als verpflichtende Aufgabe

Deutsches Reich * In der Weimarer Republik erhält die Erwachsenenbildung Verfassungsrang. Der Artikel 148 Abs. 3 der Reichsverfassung macht die Förderung der Erwachsenenbildung zu einer verpflichtenden Aufgabe für das Reich, die Länder sowie die Gemeinden und hebt dabei besonders die Volkshochschulen hervor. Diese bilden in dieser Zeit die wesentlichen Züge ihrer inneren und äußeren Form aus und werden zur bedeutendsten Institution der Erwachsenenbildung. Sie sind sowohl gesellschaftstheoretisch als auch pädagogisch-didaktisch auf Demokratisierung ausgerichtet. Seinen Ausdruck fand dieser Ansatz vor allem in der Sozialform der Arbeitsgemeinschaft.

12. August 1919 – Der Landtag beschließt in Bamberg die Bayerische Verfassung

Bamberg * Mit 165 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen von der USPD und einer Enthaltung beschließen die Mitglieder des Landtags in Bamberg die in elf Abschnitte und 95 Paragraphen gegliederte neue Bayerische Verfassung. In ihr wird Bayern als Freistaat und Mitglied des Deutschen Reiches bezeichnet. Sie enthält einen Grundrechtekatalog und sieht für alle Personen, die ihren Wohnsitz mindestens ein halbes Jahr in Bayern haben, die bayerische Staatsbürgerschaft vor.



27. August 1919 – Der „Sedantag“ wird abgeschafft

Deutsches Reich * Der „Sedantag“ wird abgeschafft.

10. Januar 1920 – Der Versailler Vertrag tritt in Kraft

Deutsches Reich * Der Versailler Vertrag tritt in Kraft. Der Vertrag weist Deutschland und seinen Verbündeten die alleinige Rolle des Aggressors im Ersten Weltkrieg zu. Das Deutsche Reich wird finanziell für die Schäden an Land und Menschen haftbar gemacht. Hohe Reparationsforderungen sind die Folge. Dazu umfangreiche Gebietsabtretungen und eine militärische Abrüstung durch die Reduzierung der Berufsarmee auf maximal 100.000 Mann einschließlich höchstens 4.000 Offiziere und eine Marine mit 15.000 Mann. Dazu kommen Vorschriften zur Ausstattung der Wehrmacht.

16. März 1920 – Gustav Ritter von Kahr wird bayerischer Ministerpräsident

München * Nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch wird der evangelische Monarchist Gustav Ritter von Kahr zum Nachfolger von Johannes Hoffmann zum bayerischen Ministerpräsidenten gewählt. Kahr steht einer bürgerlichen Rechtsregierung vor und betreibt eine eigenständige Stellung Bayerns innerhalb des Deutschen Reiches. Gestützt auf seine Einwohnerwehr lässt er die Arbeiter- und Soldatenräte auflösen und begründet den Ruf Bayerns als „Ordnungszelle des Reiches“.

April 1920 – Bierpreise wieder frei

Deutsches Reich * Die staatliche Festsetzung der Bierpreise endet. Damit können die Brauereien ihre Preise wieder selbst bestimmen.

1. April 1920 – Das Deutsche Reich übernimmt die bayerische Bahn und Post

Freistaat Bayern - Deutsches Reich • Das Deutsche Reich übernimmt die bayerische Eisenbahn und die Post. Die geleistete Entschädigung macht nur einen geringen Teil des Anlagewerts aus.

6. Juni 1920 – Dr. Fritz Gerlich kandidiert erfolglos zum Reichstag und zum Landtag



Freistaat Bayern - Deutsches Reich * Dr. Fritz Gerlich kandidiert erfolglos für die Deutsche Demokratische Partei - DDP bei den Wahlen zum Reichstag und zum Bayerischen Landtag.

September 1920 – Das Bier wird wieder stärker

Deutsches Reich * Der während des Krieges stark reduzierte Stammwürzegehalt darf wieder steigen: Statt 4,5 Prozent sind nun bis zu 8 Prozent zugelassen. Damit gewinnt das Bier wieder deutlich an Stärke, Qualität und Alkohol.

Juli 1921 – Zurück zur normalen Bierstärke

Deutsches Reich * Die letzte Beschränkung des Stammwürzegehalts fällt: Die seit September 1920 geltende Obergrenze von 8 Prozent wird aufgehoben. Damit können die Brauereien ihre Biere wieder in der gewünschten Stärke einbrauen.

August 1921 – Malz wieder frei verfügbar

Deutsches Reich * Die Malzkontingentierung wird aufgehoben. Damit entfällt eine weitere zentrale Beschränkung der Kriegs- und Nachkriegszeit. Für die Brauereien sind nun die Voraussetzungen geschaffen, ihre Produktion schrittweise wieder zu steigern.

30. Oktober 1922 – Der Deutsche Städtetag für kolonialgeschichtliche Straßenbenennungen

Deutsches Reich * Der Deutsche Städtetag gibt die Anregung der Deutschen Kolonialgesellschaft weiter, „den Städten zu empfehlen, geographische Namen aus den deutschen Schutzgebieten zur Benennung von Straßen und Plätzen zu verwerten“.

13. Mai 1923 – Der Muttertag wird erstmals in Deutschland gefeiert

Deutsches Reich * Auf Initiative des Verbands Deutscher Blumengeschäftsinhaber wird am 13. Mai 1923 erstmals der „Muttertag“ in Deutschland gefeiert. Die Nationalsozialisten nutzten den Muttertag für ihre Propaganda und machten ihn zum Feiertag, was ihn bis heute teils umstritten macht.



26. April 1925 – Paul von Hindenburg wird zum Reichspräsidenten gewählt

Berlin - Deutsches Reich * Im Alter von 77 Jahren wird Paul von Hindenburg als Vertreter des antirepublikanischen Reichsblock zum Reichspräsidenten gewählt.

1929 – Das Wählsystem 29 kommt im Fernmeldenetz zum Einsatz

Deutsches Reich * Das mit dem kostengünstiger zu produzierenden Flachrelais ausgestattete Wählsystem 29 kommt im Fernmeldenetz zum Einsatz.

7. Juni 1929 – Der Young-Plan regelt die deutschen Reparationen neu

Paris * Der Young-Plan regelt die deutschen Reparationen neu. Das Deutsche Reich soll 112 Milliarden für die Dauer von 58 Jahren zahlen.

10. April 1932 – Hitlers schlechtes Ergebnis im Wahlkreis Oberbayern-Schwaben

Deutsches Reich * Bei der Stichwahl um das Amt des Reichspräsidenten zwischen Paul Hindenburg und Adolf Hitler erzielt der Führer der NSDAP im Wahlkreis Oberbayern-Schwaben mit 24,9 Prozent das drittschlechteste Ergebnis im gesamten Reich (36,8 Prozent).

9. Juli 1932 – Aufhebung des Young-Plans und Ende der deutschen Zahlungen

Lausanne * Eine internationale Konferenz zur Regelung der Reparationsfrage führt zur Aufhebung des Young-Plans und dem Ende der deutschen Zahlungen.

31. Juli 1932 – NSDAP wird stärkste Partei

Deutsches Reich * Bei der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 wird die NSDAP mit 37,3 Prozent der Stimmen erstmals stärkste Partei im Deutschen Reich. Eine absolute Mehrheit erreicht sie jedoch nicht. Das Wahlergebnis ist Ausdruck der schweren Wirtschafts- und Staatskrise der Weimarer Republik, die von hoher Arbeitslosigkeit, politischer Instabilität und wachsender



Unzufriedenheit geprägt ist. Obwohl Adolf Hitler zunächst nicht zum Reichskanzler ernannt wird, markiert die Wahl einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933.

30. Januar 1933 – Mit dem Nationalsozialismus kommt das Eheverbot für Lehrerinnen zurück

Deutsches Reich * Mit dem Nationalsozialismus kommen die alten, stockkonservativen Töne wieder zurück. Die NS-Machthaber entlassen alle verheirateten Lehrerinnen und kürzen den verbliebenen Gehalt um zehn Prozent. Die Meinung, „die deutsche Mutter gehört zu den Kindern nach Hause“, ändert sich programmatisch erst wieder, nachdem die Lehrer zum Kriegsdienst eingezogen worden sind. Nun darf die Frau wieder einmal ihren Mann stehen.

30. Januar 1933 – Lichtspieltheater werden reglementiert und überwacht

Deutsches Reich * Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 und der Einsetzung des Reichspropagandaministers Joseph Goebbels herrschte auch rund um die Lichtspieltheater eine Atmosphäre der Einschüchterung, Gleichschaltung und Gewalt. Schon vor der Gründung der Reichsfilmkammer wurden die Betreiber und Besitzer auf Veranlassung des Reichspropagandaministeriums reglementiert, kontrolliert, überwacht und in ihren freien Entscheidungen eingeschränkt.

30. Januar 1933 – Beginn der nationalsozialistischen Verfolgung

Berlin - Deutsches Reich * Mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 beginnt für die jüdische Bevölkerung Deutschlands eine neue Phase der Ausgrenzung und Verfolgung. Antisemitische Diskriminierung, die bereits zuvor das öffentliche Leben prägt, wird nun zur staatlichen Politik. In den folgenden Jahren werden jüdische Bürger systematisch entrechtet, aus dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben verdrängt und zunehmend Gewalt und Terror ausgesetzt. Auch für die Münchner Juden verschärft sich die Lage rasch. Die nationalsozialistische Machtübernahme markiert den Beginn einer Entwicklung, die über Entrechtung, Enteignung und Verfolgung schließlich in Deportation und Ermordung mündet.

5. März 1933 – NSDAP erreicht bei der Reichstagswahl nur 43,9 Prozent



Deutsches Reich - Berlin * Trotz NS-Terror und verfassungswidriger Behinderung von KPD, SPD und Zentrum erreicht die NSDAP nur 43,9 Prozent. Es reicht aber für eine knappe absolute Mehrheit für die Regierungskoalition aus NSDAP, DNVP und „Stahlhelm“.

20. März 1933 – Abschluss des Konkordats des Reichs-Konkordats

Berlin - Rom-Vatikan * Abschluss des Konkordats zwischen dem Deutschen Reich und dem Vatikan.

26. April 1933 – Die Bücherverbrennungs-Listen werden veröffentlicht

Deutsches Reich * In der Berliner Illustrierten Nachtausgabe Nr. 97 werden die vom nationalsozialistisch orientierte Bibliothekar Dr. Wolfgang Herrmann erstellten Listen abgedruckt und den Studentenschaften von ihrem Dachverband zugänglich gemacht. Die Listen bilden die Grundlage für die Bücherverbrennungen.

2. Mai 1933 – Die Freien Gewerkschaften werden gewaltsam aufgelöst

Deutsches Reich * Die Freien Gewerkschaften werden im gesamten Reich mit brutaler Gewalt aufgelöst.

8. Juli 1933 – Das Konkordat wird paraphiert

Rom-Vatikan - Berlin * Das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich wird paraphiert.

22. September 1933 – Kinobetreiber müssen Mitglied in der Reichsfilmkammer werden

Deutsches Reich * Mit der Errichtung der „Reichsfilmkammer“ muss jeder in der Filmbranche Tätige Mitglied dieser obersten Kontrollbehörde sein. Das kann er aber nur bei „politischer Zuverlässigkeit“ und „arischer Abstammung“ werden. Das bedeutet in der Praxis ein Berufsverbot für die jüdischen Kinobetreiber. Dazu zählt auch Wilhelm van Laak, der die Museum-Lichtspiele zwischen 1928 und 1930 geführt hat.



8. Mai 1934 – Geschwindigkeitsbegrenzungen werden aufgehoben

Berlin - Deutsches Reich * Mit der Reichs-Straßenverkehrsordnung werden alle Bestimmungen über Geschwindigkeitsbegrenzungen aufgehoben. Damit soll der Autoabsatz angekurbelt werden.

9. November 1938 – Novemberpogrome in München

München - Deutsches Reich * In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 erreichen die antijüdischen Maßnahmen des NS-Regimes eine neue Eskalationsstufe. Nach der bereits im Juni erfolgten Zerstörung der Hauptsynagoge werden auch die beiden verbliebenen Münchner Synagogen in Brand gesetzt. Damit vernichten die Nationalsozialisten innerhalb weniger Monate nahezu alle sichtbaren Zentren jüdischen religiösen Lebens in der Stadt.

17. April 1939 – 95 Prozent aller Deutschen sind Angehörige einer christlichen Kirche

Deutsches Reich * Bei einer Volkszählung bezeichnen sich 95 Prozent aller Deutschen als Angehörige einer christlichen Kirche.

1. September 1939 – Der Beginn des Zweiten Weltkrieges

Deutsches Reich - Polen * Deutschland überfällt Polen ohne Kriegserklärung. Damit beginnt der Zweite Weltkrieg.

1940 – 2.805 Todesurteile in der NS-Zeit vollstreckt

Deutsches Reich * In der Zeit des Nationalsozialismus von 1940 bis 1945 vollstreckt der Scharfrichter Johann Reichhart 2.805 Todesurteile.

1940 – Der Seidenbau ist wünschenswert

Deutsches Reich * Der Seidenbau ist aus „volkswirtschaftlichen, medizinischen und wehrpolitischen Gesichtspunkten besonders wünschenswert“.



1941 – Das Anwesen Richard-Wagner-Straße 17 wird arisiert

München-Maxvorstadt * Das Anwesen Richard-Wagner-Straße 17, dessen Besitzer Dr. med. Alfred Haas emigrieren musste, wird „arisiert“ und geht an das „Deutsche Reich“ über.

1942 – Erstmals gelingt die Zucht eines Wanderfalkens in Gefangenschaft

Deutsches Reich * Erstmals gelingt die Zucht eines Wanderfalkens in Gefangenschaft.

1943 – Der Seidenbau ist von kriegsentscheidender Bedeutung

Deutsches Reich * Der Seidenbau ist von kriegsentscheidender Bedeutung, denn: „Naturseide lässt sich nur durch Kunstseide ersetzen, wenn es sich um die Herstellung von Luxusgegenständen (Bekleidungsstücke) handelt. Sie ist unersetzlich für technische Zwecke und für den Bedarf des Heeres (Fallschirme).“

1945 – In den Lebensborn-Heimen wurden etwa 8.000 Kinder geboren

Deutsches Reich und Ausland * In den Lebensborn-Heimen sollen etwa 8.000 Kinder geboren worden sein, davon vor 1940 etwa 80 Prozent, nach 1940 etwa 50 Prozent unehelich. Fast alle Akten und Unterlagen des Lebensborn e.V. wurden vernichtet, sodass genaue Einzelheiten nur schwer festzustellen sind.

April 1945 – Scharfrichter Johann Reichhart vollstreckt 3.009 Todesurteile

Deutsches Reich * In der Zeit von 1924 bis 1945 vollstreckt alleine der Scharfrichter Johann Reichhart die Todesurteile an 3.009 Personen, darunter an 250 Frauen.
